

„Islamophobie“ – ein Begriff zu Gast im Gemeindezentrum

VON IDA LABUDOVIC

Ein kleiner Bursche, sieben oder acht Jahre alt. In der rechten Hand hält er ein Bild der Al-Aqsa-Moschee, in der linken eine Maschinenpistole. Er trägt ein Stirnband in Grün – die für die Hamas typische Farbe. Hinter dem Burschen eine riesige Menschenmenge: verschleierte Frauen, Männer mit grüner Kopfbedeckung. Ein verstörendes Bild – und genau dieses Bild war auf dem Flyer abgebildet, der zur Podiumsdiskussion der Israelitischen Kultusgemeinde eingeladen hat: „*Islamophobie – Ein (islamistischer) Kampfbegriff?*“

Dabei war eines klar. Der Begriff „Islamophobie“ ist nicht unumstritten, und zwar auf mehreren Ebenen. Während die einen sagen, dass Islamophobie mit Antisemitismus vergleichbar ist, betonen die anderen, dass der Begriff eine Metamorphose durchgemacht hat.

Mit einer halben Stunde Verspätung – aufgrund der langen Schlange vor den Sicherheitsschranken – konnte Raimund Fastenbauer, Hausherr und Moderator des Abends, die Sichtweise der IKG zum Thema zusammenfassen: „*Der Rassismus in Europa richtet sich nebst Juden und Roma gegen die größte, als fremd empfundene Immigrantengruppe, die Muslime*“. Deren Vertreter und teilweise „*leider auch der gesellschaftliche Mainstream*“ würden dies als Islamophobie bezeichnen. „*Damit will man umgekehrt jegliche Kritik am Islam und an antijüdischer Hetze ausschalten, indem man Antisemitismus und Islamophobie gleichsetzt*“. Antisemitismus, so Fastenbauer, hat aber ganz andere Wurzeln als bloße Vorurteile gegen Fremde, und „*Kritik an antisemitischen Islamisten kann nicht als islamophob abgewürgt werden*“. Fastenbauer hat bemerkt, dass in Österreich eine Partei, deren Funktionäre „*widerliche Sprechblasen abgeben*“ wie „*Daham statt Islam*“ keine Probleme mit Menschenrechtsverletzungen in islamischen Ländern hat, also „*wenn radikale Muslime weit weg sind, sind sie gar nicht so unübel*“.

Kopftuch als politische Haltung?

Beispiel Haider – mit Politik gegen Ausländer und auch Muslime Wählerstimmen gewonnen aber gleichzeitig mit den Gaddafis und Saddam Hussein persönliche Freundschaften gepflegt. Ebenfalls mit der Bedeutung, aber vor allem auch mit der Verwendung des Begriffs hat sich Samuel Salzborn, Professor für Demokratie und Demokratisierungsforschung, beschäftigt. Demnach ist der Gebrauch des Wortes Islamophobie in westlichen Ländern eher verbreitet und im arabischen Sprachraum eher ungewöhnlich: „*Das zeigt, dass wir es mit einem europäischen Phänomen zu tun haben im Rahmen einer politischen Auseinandersetzung in Europa*“. Während der islamischen Revolution im Iran sei der Begriff dort in erster Linie für Frauen benutzt worden, die das Kopftuch nicht tragen wollten. Erst später wurde Islamophobie in Verbindung mit dem Schriftsteller Salman Rushdie verwendet, so Salzborn weiter. Mit dem islamistischen Terroranschlag in New

York 2001 habe man schließlich in der westlichen Welt mit den Diskussionen über den Umgang mit muslimischen Zuwanderern begonnen und die Symbole dieses Glaubens mehr denn je als fremd gesehen: „*Heute ist das Kopftuch kein unpolitisches Kleidungsstück mehr, sondern Ausdruck einer politischen Haltung. Auch dank der unscharfen Definition des Begriffes entwickelte sich der Ausdruck der Islamophobie zu einem Kampfbegriff*“. Salzborn resümiert: Will man auf die Propaganda der radikalen Islamisten und Rechtsextremisten nicht reinfallen, sollte man den Begriff Islamophobie nicht verwenden, da „*die begrifflichen Grundlagen undeutlich und politisch instrumentalisiert sind*“.

Muslime sind Juden von heute?

Der Wiener Essayist und freie Autor Gerhard Scheit, der ebenfalls an der Diskussion teilgenommen hat, meint, Islamophobie suggeriere, dass die Muslime die Juden von heute wären, weil sie so verfolgt würden, wie einstmal die Juden. Geändert habe sich nur, dass sich jetzt die Juden selber an dieser Verfolgung beteiligten, und in Gestalt des Staates Israel an die Spitze der Verfolger stellten. Der Begriff sei somit wie geschaffen, vernünftige Kritik am Islam abzuwehren. In seiner Erklärung verwendet Scheit den Ausdruck „*Gemeinschaftsneid*“. Die Feindschaft gegen den Islam auf Seiten der „*Kellernazis*“ sei mehr als bloßer Rassismus, so Scheit weiter. Diese Feindschaft gehe darüber hinaus, weil der Islam als politische Einheit und als ein großes Konkurrenzprojekt wahrgenommen werde. „*Benedet wird an der Gemeinschaft des Dji-had, dass sie so erfolgreich darin ist, das Opfer vom Individuum zu verlangen, die politische Gewalt an sich zu reißen und die Verbürgerlichung der Gesellschaft zurückzunehmen, ohne dabei das entsprechende Arbeitsethos zu entwickeln, das man zurecht als Fundament der deutschen Volksgemeinschaft betrachtet*“. „*Kellernazis*“ fühlen sich quasi dem Dji-had unterlegen, der vorführt, dass der Krieg gegen den Westen und gegen die Juden auch ohne Fleiß und Produktivität geführt werden kann, erklärt Scheit.

Einer, der zumindest theoretisch vom Begriff betroffen ist, ist Efgani Dönmez, Mitglied der Grünen und des Bundesrates. Während der Diskussion hat er sich überzeugt gezeigt, dass nicht die Religionen das Problem sind, sondern das, was die Menschen daraus machen: „*Die heutige Welt mit ihren tief sitzenden Konfliktstrukturen ist eine Welt, deren Ursachen religiöser Fanatismus und politischer Extremismus sind. Beide nähren sich vom Rassismus, Nationalismus, einer immer größer werdenden Anzahl zwischen den Extremen von Armut und Reichtum, der Verhinderung von Gleichberechtigung der Frau sowie einer Verknappung am Zugang zur Bildung*“. Dönmez sieht sich nicht als Kritiker der Religion, vielmehr wende er sich gegen jene Gruppierungen, die unter dem Deckmantel der „*Integration*“ und diverser „*Kulturvereine*“ ihre Politik der Herkunftsländer nach Österreich importieren und den islamischen Glauben politisch instrumentalisieren. Er kritisierte auch österreichische Politiker: „*Sie glauben, dass der Islam ein einheitlicher Block ist. Der Islam ist aber keine einheitli-*

che Religion“. Diese Pluralität erst einmal zu realisieren – das sei die wichtige Aufgabe der Politik. Dann müsse man sich die Frage stellen, mit welchen Ansprechpartnern die Politik(-Integration) gemacht werden soll: mit den „aufgeklärten, säkularen Kräften“ oder wie bisher „mit den Vertretern eines politischen Islams“?

„Wir brauchen Israel“

Die Veranstaltung war ein Teil der Serie, der unter dem Titel „Challenges“ die Herausforderungen in Gesellschaft, Publikum und aktuelle politische Themen, die für die Kultusgemeinde von Bedeutung sind, thematisieren möchte. Der Saal des Gemeindezentrums, wo die Veranstaltung stattgefunden hat, war voll besetzt. Allerdings hat es nach den recht ausführlichen Vorträgen eine Weile gedauert, bis eine Diskussion entstanden ist. Diese war dafür umso emotionaler und

hitziger. *Ilja Sichrovsky*, Organisator der Muslim Jewish Conference (MJC), die in Wien Anfang August 2010 stattgefunden hat, kritisierte die IKG, weil eine Unterstützung seitens der IKG damals unterblieb. Dafür gab es aber zwei Gründe, meint Fastenbauer: „Sie haben die Solidarität mit Israel angenommen und Antisemitismus und Islamophobie als Synonyme behandelt“. Und dies war auch ein Kritikpunkt des Journalisten Karl Pfeifer: „Wir brauchen Israel und wir brauchen die Wahrheit über den Holocaust. Das ist uns Juden sehr wichtig“.

Birol Kilic, der gute Beziehungen zur jüdischen Gemeinde pflegt und Herausgeber einer österreichischen Monatszeitschrift in türkischer Sprache ist, wendete sich an Sichrovsky: „Nächstes Mal machen Sie die ‘Muslim Jewish Conference mit den richtigen Leuten“, die liberal sind. Ein Austausch von Visitenkarten zwischen Kilic und Sichrovsky folgte.

TAG DER BEFREIUNG

Kranzniederlegung am Denkmal der Opfer der Gestapo



Die Grünen Wien laden zur feierlichen Kranzniederlegung anlässlich des Tages der Befreiung von der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Es sprechen: **Ariel Muzicant**, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde
David Ellenschn, Klubobmann der Grünen Wien
sowie der VertreterInnen des KZ-Verbandes „Steine der Erinnerung“ und ESRA.

Freitag, 6. Mai 2011, 11 Uhr
Denkmal der Opfer der Gestapo
Morzinplatz, 1010 Wien

Feierlicher Rahmen!



Einladung

GRÜNES BEFREIUNGSFEST AM HELDENPLATZ



Wer heute nicht feiert, hat verloren!

Die Grünen Wien laden zu einer Feier am Heldenplatz anlässlich des 66. Jahrestages der Kapitulation von Nazi-Deutschland. Niemals vergessen!



Sonntag, 8. Mai 2011, 11 Uhr
Heldenplatz vor dem Reiterdenkmal, 1010 Wien

Ein Glas Champagner frei!

Hinweis: Am Abend des 8. Mai sind verschiedene Gegenveranstaltungen zum Bürgerschaftsaufmarsch rund um den Heldenplatz geplant, siehe wien.gruene.at



Impressum:
Die Grünen – Grüne Alternative Wien
Lindgasse 40, 1070 Wien